



Pressemitteilung

Berlin, 9. Januar 2013

Auftakt der Tarifverhandlungen mit der VKA

Reinhardt: Krankenhäuser müssen sich ihrer Verantwortung stellen

Angesichts der morgen beginnenden Tarifverhandlungen zwischen Krankenhausärzten und kommunalen Klinikträgern hat der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, die Krankenhäuser ausdrücklich dazu aufgefordert, sich ihrer Verantwortung zu stellen. „Jammern über Ärztemangel nützt niemandem. Wer gute Ärzte halten will, muss auch gute Arbeitsbedingungen schaffen.“ Hierzu bedürfe es neben den völlig berechtigten Ansprüchen an eine angemessene Vergütung erbrachter Leistungen vordringlich der Einhaltung der arbeitszeitrechtlichen Regelungen und damit nicht zuletzt auch einer familienfreundlichen Personalpolitik. „Allerorts wird ein Klagelied angestimmt, aber wer die Ursachen nicht bei der Wurzel packt, wird das Problem nicht lösen“, so Reinhardt. In diesem Zusammenhang seien die Arbeitgeber auch gut beraten, in diesem Jahr auf eine Zuspitzung der Verhandlungen zu verzichten und nicht erneut Arbeitsniederlegungen zu erzwingen. Auch dies wäre ein gutes Signal.

Der Hartmannbund werde auch im Jahr 2013 das Thema Arbeitszeit und familienfreundliche Politik nicht aus den Augen verlieren. So müsse der Druck auf alle Beteiligten erhöht und eine noch größere Öffentlichkeit geschaffen werden, damit die massiven Probleme endlich angepackt würden. „Die Assistenzarztumfrage des Hartmannbundes im vergangenen Jahr hat uns gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf insbesondere im Bereich der manipulationsfreien Arbeitszeiterfassung besteht. Dies wurde von

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Petra Schröter (Sekretariat)
Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsführung
Kurfürstenstr. 132
10785 Berlin
Telefon: 030 206208-0
Telefax: 030 206208-29
E-Mail: hb-info@hartmannbund.de
Internet: www.hartmannbund.de

mehr als der Hälfte der befragten Ärztinnen und Ärzte als Problem ausgemacht. Insofern kann ich an die Tarifparteien nur appellieren, nicht bloße Absichtsbekundungen niederzuschreiben, sondern den Worten auch Taten folgen zu lassen“, so Reinhardt abschließend.